

Die Herausforderung annehmen: Sozialdemokratischen Identitätskern wahren – Linkspartei demaskieren

10. März 2008

Für die deutsche Sozialdemokratie geht es im Umgang mit der Partei „Die Linke.“ um weit mehr als mögliche parlamentarische Mehrheiten im hessischen Landtag: Auf dem Spiel stehen Selbstachtung und Selbstverständnis der Sozialdemokratie sowie die Glaubwürdigkeit des sozialdemokratischen Einsatzes für das soziale Deutschland – für mehr Gerechtigkeit und mehr Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten.

Die Strategie gegenüber der Linkspartei verleiht dem sozialdemokratischen Koordinatensystem Ausdruck: „Welche SPD wollen wir?“ lautet die entscheidende Frage. Es ist Zeit für Klarheit!

Es ist Zeit für die Klarstellung, dass eine selbstbewusste Sozialdemokratie die Partei „Die Linke.“ nicht als Spielart der Arbeiterbewegung begreift, sondern als Verhöhnung kardinaler Tugenden der Arbeiterbewegung.

Unsere Partei muss und kann die Linkspartei demaskieren und aufdecken, dass diese soziale Gerechtigkeit lediglich als Deckmäntelchen nutzt, unter dem weniger Gerechtigkeit und weniger Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten lauern.

Sozialdemokratische Identität und „Agenda 2010“

„Die Linke.“ schlägt Kapital aus der verblassenden Erinnerung an die 90er-Jahre:

- In den 90er-Jahren ist das jährliche Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer im Umfang von fast 2 Millionen Vollzeitstellen geschrumpft. Trotz massiver Ausweitung sog. „Beschäftigung schaffender“ Maßnahmen durch die Regierung Helmut Kohls – deren Wiederauflage die Linkspartei letztlich will, wenn sie heute mehr öffentlicher Beschäftigung das Wort redet.
- In den 90er-Jahren hat sich der Schuldenstand der Öffentlichen Haushalte – für den letztlich ehrliche Steuer- und Abgabepflichtige gerade stehen müssen – von knapp 540 auf fast 1200 Milliarden € mehr als verdoppelt. Trotz damals höherer (Unternehmens-)Steuersätze, deren Senkung „Die Linke.“ anprangert.
- In den 90er-Jahren hat das mittlere reale Einkommen stagniert – bei zunehmender Un-

gleichheit der Einkommensverteilung.¹ Trotz aller sozialstaatlichen Leistungen, deren Neuordnung die Linkspartei skandalisiert und trotz expansiver Lohnpolitik in der ersten Hälfte der 90er-Jahre.

Allerspätestens nach dem Ausklingen des sog. „New Economy“-Booms der Jahrtausendwende war die regierende deutsche Sozialdemokratie mit der Einsicht eines nachhaltigen Verlusts an sozialer Symmetrie in Deutschland konfrontiert. Die deutsche Sozialdemokratie stand vor einer Aufgabe, deren Kern einer der Väter des Godesberger Programms vor nunmehr 50 Jahren auf dem Stuttgarter SPD-Parteitag auf den Punkt gebracht hat:

„[D]arum sollten wir uns (...) Klarheit darüber verschaffen: Was ist das letzte Ziel (...)? Gibt es einen besonderen Weg der sozialdemokratischen Bewegung zu diesem Ziel, der vielleicht diskutierbar

¹ vgl. SOEP des DIW Berlin. Dessen jüngste Erhebungen bilden die Situation im Jahr 2005 ab – was Medien und interessierte politische Kräfte nicht davon abhält, diese fälschlicherweise als Beschreibung der aktuellen Lage zu vermarkten.

sein könnte? Und was sind Mittel auf diesem Weg, Mittel, die sich immer nach der jeweiligen Situation richten müssen und einzig an dem Kriterium gemessen werden können, ob sie geeignet sind, uns auf dem Wege zum Ziele vorwärts zu bringen. (...)

Niemand hat ein Recht, dieses große Ziel (...) dadurch abzuwerten, dass er zeitbedingte Mittel zum Selbstzweck aufwertet. (...)

(...) [Es] darf ... keinen Zwischenhandel mit Antiquitäten geben.“

(Heinrich Deist, Stuttgart im Mai 1958)

Mit dieser Aufgabe konfrontiert, hat die deutsche Sozialdemokratie den Weg der „Agenda 2010“ beschritten – die selbstverständlich auch am Kriterium zu messen ist, ob sie geeignet ist, uns auf dem Weg zum Ziel einer gerechten Gesellschaftsordnung vorwärts zu bringen.

Wachen Sozialdemokraten ist bewusst, dass „die Linke.“ zur Messung am Eignungskriterium weder willens noch fähig ist. Die Linkspartei nimmt sich vielmehr das Recht, das große Ziel sozialer Gerechtigkeit abzuwerten: Für „die Linke.“ ist die „Agenda 2010“ konstitutives Feindbild und – namentlich in Westdeutschland – „Gründungsmythos“, die jedes Mittel und jede Hasspredigt gegen die regierende Sozialdemokratie rechtfertigen.

Für selbstbewusste Sozialdemokraten ist die Partei „die Linke.“ deshalb keine Spielart der Arbeiterbewegung, sondern Verhöhnung einer Kardinaltugend der Arbeiterbewegung.

Deren Geschichte ist nicht frei von Irrtümern – über anderthalb Jahrhunderte hinweg hat die sozialdemokratische Arbeiterbewegung aber im Interesse greifbarer Verbesserungen des Lebensstandards breiter Bevölkerungskreise Lehren aus konkreten Erfahrungen gezogen und den „Zwischenhandel mit Antiquitäten“ eingestellt: Die aus der bitteren Erfahrung spätestens der 90er-Jahre gewachsene Erkenntnis, dass der sozialen Symmetrie Schaden zufügt, wer sich am Überkommenen fest klammert, gehört heute zum sozialdemokratischen Identitätskern.

Hier liegt der fundamentale Gegensatz zwischen der Partei „Die Linke.“ und der deutschen Sozialdemokratie. Wer diesen vernebelt und/oder sprachlos ignoriert, degradiert Selbstachtung und

Selbstverständnis der deutschen Sozialdemokratie zur Manövriermasse – und setzt die Glaubwürdigkeit des sozialdemokratischen Einsatzes für das soziale Deutschland aufs Spiel.

Zeit für Klarheit: Welche SPD wir wollen!

Unter dem Deckmäntelchen der sozialen Gerechtigkeit geht es der Linkspartei allein darum, aus der sozialdemokratischen Abkehr von – im Ergebnis scheinsozialen – Mitteln der 90er-Jahre Kapital zu schlagen.

Schon zu lange hat unsere Partei zugelassen, dass Deutungsmuster der Partei „Die Linke.“ ins Kraut schießen: Unsere Partei versäumt es, die „Gewinner“ der „Agenda 2010“ in den Fokus zu rücken – zu denen z. B. die Hans-Böckler-Stiftung im Falle von „Hartz IV“ entgegen verbreiteter Annahmen kinderreiche Familien, Alleinerziehende und Geringverdiener zählt.² Zu lange schon lässt sich unsere Partei etwa auch von der Skandalisierung des Phänomens der sog. „Aufstocker“ bei „Hartz IV“ ins Bockshorn jagen – statt selbstbewusst am Befund des DIW Berlin anzuknüpfen, dass nicht wenige Arbeitnehmerfamilien seit „Hartz IV“ finanziell deutlich besser stehen als vor „Hartz IV“.³

Bislang hat es bestenfalls Pflichtübungs-Charakter, wenn unsere Partei den Anspruch erhebt, mit der „Agenda 2010“ Konsequenzen aus dem in den 90er-Jahren offenbar gewordenen Verlust an sozialer Symmetrie gezogen zu haben. Weder darf die deutsche Sozialdemokratie anhaltende soziale Schief lagen ausblenden. Noch darf unsere Partei die Kommunikation ermutigender Fakten anderen überlassen – schon gar nicht den Konservativen, die sich im entscheidenden Augenblick in die Büsche geschlagen haben:

- 2007 lag das Arbeitsvolumen der Arbeitnehmer immerhin wieder auf dem Niveau, das im Jahr 1997 erreicht worden ist – bei einem gegenüber 1997 deutlich verringerten Umfang sog. „Beschäftigung schaffender“ Maßnahmen. Das Arbeitsvolumen aller Erwerbstätigen, also der Arbeitnehmer und der Selbständigen sowie mithelfender Familienangehöriger zusammengenommen, hat 2007 einen höheren Stand erreicht als Mitte der 90er-Jahre.

² vgl. Magazin Mitbestimmung 12/2006

³ vgl. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 04/2008, u. a. S. 40

- Für 2008 geht das Nürnberger IAB auch bei nachlassender konjunktureller Dynamik davon aus, „[d]ass die Unterbeschäftigung insgesamt – registrierte Arbeitslosigkeit und Stille Reserve – auf ihren niedrigsten Stand seit 17 Jahren sinkt.“⁴
- 2007 haben die Öffentlichen Haushalte erstmals seit Jahrzehnten unter dem Strich ausgeglichen abgeschlossen.

Klar sein muss allerdings: Eben weil die Partei „die Linke.“ ihre Identität aus der Skandalisierung der „Agenda 2010“ ableitet, kann es kein sozialdemokratisches „Sowohl-als-auch“ geben. Beides zugleich geht nicht: Entweder die Sozialdemokratie steht zur „Agenda 2010“. Oder sie leistet der Vernebelung fundamentaler Unterschiede zwischen Sozialdemokratie und der Linkspartei Vorschub, die jede sozialdemokratische Zweideutigkeit als Bestätigung ihrer Skandalisierungs-Strategie vermarkten könnte.

Unsere Partei muss sich deshalb der wahren Herausforderung stellen. Es ist Zeit für Klarheit.

Die Propaganda der Linkspartei läuft auf die Wieder-Auflage der Praxis hinaus, die in den 90ern mit wachsender sozialer Ungerechtigkeit und schrumpfendem Wohlstand einher gegangen ist: Was „die Linke.“ als Beitrag zu „mehr Gerechtigkeit“ ausgibt, ist schon da gewesen. Die elementaren Versatzstücke, derer sich „die Linke.“ bedient, haben sich spätestens in den 90er-Jahren gerade bei der Bewältigung der Aufgabe als untauglich erwiesen haben, für eine gerechte Einkommensverteilung zu sorgen.

Unsere Partei muss entlarven, dass die Philosophie der Linkspartei große Ähnlichkeit mit dem Weg Deutschlands in den späten Jahren der Kanzlerschaft Helmut Kohls hat – aber dem Weg der europäischen Staaten widerspricht, die bei der Sicherung sozialer Gerechtigkeit die größten Erfolge vorweisen können. Unsere Partei muss ihr Koordinatensystem aus Analysen führender Mitglieder der Grundwertekommission beim Parteivorstand ableiten, die der deutschen Praxis vor der „Agenda 2010“ im internationalen Vergleich allenfalls durchschnittliche Erfolge bei der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit bescheinigen.⁵

⁴ IAB-Kurzbericht Nr. 3/2008, S. 9. Abruf unter: <http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb0308.pdf>

⁵ Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sei auf einschlägige Analysen von Prof. Wolfgang Merkel, Mitglied der

Für die deutsche Sozialdemokratie ist es mehr als ein Fingerzeig, dass 2007 eine knappe 2/3-Mehrheit der Bürger Schweden, Dänemark und die Niederlande als die entwickelten Industrieländer ansehen, die ihren Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit am nächsten kommen⁶

Die Linkspartei will diese sozialdemokratischen Modelle für sich vereinnahmen; ihre rhetorische Anleihen sind allerdings kenntnislose oder böswillige Irreführungen.

Denn gerade die Praxis etwa Dänemarks, Schwedens oder der Niederlande bildet – entgegen der Propaganda der Partei „Die Linke.“ – keinen Gegenentwurf zur deutschen „Agenda 2010“: Der „nordische“ Weg ist bestimmt nicht „eins zu eins“ auf Deutschland übertragbar. Aber Anschauungsbeispiel dafür, was Sozialdemokraten erreichen können, wenn sie vom redseligen Anprangern sozialer Schief lagen zum Anpacken der Probleme übergehen.

Unsere Partei darf weder den sicheren Instinkt jener überwältigenden Mehrheit der Wahlberechtigten unterschätzen, die der Linkspartei mit krasser Ablehnung begegnet. Noch darf unsere Partei die Wähler der Partei „Die Linke.“ unterschätzen: Insbesondere in Westdeutschland ist das Gros der Linkspartei-Wähler keineswegs von der Partei ihrer Wahl überzeugt, sondern nennt bei Wahltagsbefragungen als Hauptmotivation seiner Wahlentscheidung explizit die Enttäuschung über andere. „Die Linke.“ wird zwar als „Problem-Benener“ gesehen, nicht aber als „Problemlöser“.

Unsere Partei muss und kann die Linkspartei demaskieren und aufdecken, dass diese soziale Gerechtigkeit lediglich als propagandistisches Deckmäntelchen nutzt, unter dem weniger Gerechtigkeit und weniger Wohlstand für breite Bevölkerungsschichten lauern.

Ob unsere Partei diese Herausforderung endlich annehmen will – das ist die Frage, die in der aktuellen Debatte im Raum steht: Wir wollen, dass unsere Partei diese Herausforderung annimmt – statt durch leichtfertige Techtelmechtel mit der

Grundwertekommission beim SPD-Vorstand, von Prof. Thomas Meyer, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Grundwertekommission, oder von Prof. Fritz W. Scharpf verwiesen.

⁶ vgl. Soziale Gerechtigkeit 2007 – Ergebnisse einer repräsentativen Bürgerumfrage, Gemeinschaftsinitiative der Bertelsmann Stiftung, Heinz Nixdorf Stiftung und Ludwig-Erhard-Stiftung.

Partei „Die Linke.“ Selbstachtung und Selbstverständnis der Sozialdemokratie sowie die Glaub-

würdigkeit des sozialdemokratischen Einsatzes für das soziale Deutschland aufs Spiel zu setzen.

Markus Dapp, Vorsitzender SPD Albstadt

Martin Frohme, Kreis-, Stadt- und Ortschaftsrat, SPD Albstadt

Rainer Günther, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Albstadt

Jonas Haas, Schriftführer SPD Albstadt

Elmar Maute, Kreis- und Stadtrat, SPD Albstadt

Thomas Müller, Pressereferent SPD Albstadt

Julian Scharpf, stellv. Vors. Jusos Baden-Württemberg, Beisitzer im Vorstand der SPD Albstadt

Hans-Martin Müller-Straub, Beisitzer im Vorstand der SPD Albstadt